

**Rede zur Einbringung des Haushaltsplans 2023
von Oberbürgermeister Michael Bulander
in der Sitzung des Gemeinderats am 21.11.2022**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Zukunft in der Krise gestalten

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats und der Ortschaftsräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Zukunft in der Krise gestalten, geht das überhaupt? Was nutzen uns alle Planungen, wenn die Realität täglich eine andere ist?

Wir leben in einer Zeit, die uns alle auf besondere Weise fordert. Der 24. Februar 2022 wird als das Datum der vielzitierten Zeitenwende in unsere Geschichtsbücher eingehen. Die Veränderungen in unserer Gesellschaft und damit auch in unserem Alltag werden immer deutlicher, wir bekommen sie alle zu spüren. Haben wir Corona trotz aller Belastungen, auch persönlichen Schicksalen, noch einigermaßen gut verkraftet, werden jetzt große gesellschaftliche Veränderungen auf uns zukommen, die von uns allen ein Umdenken fordern. Das wird eine Herausforderung, die Kraft kosten wird.

Wir werden nicht weiter machen können wie bisher. Aber das wissen wir nicht erst seit dem 24. Februar dieses Jahres, das wissen wir schon viel länger. Doch wahrhaben wollte man es nicht so recht und nun zwingen uns die gravierenden weltpolitischen Veränderungen zum Handeln.

Die Welt hat sich verändert. Krieg in Europa, Millionen Menschen auf der Flucht, Inflation, die Klimakrise wird immer spürbarer, die Energie- und Versorgungssicherheit ist in Frage gestellt, die Energiekosten für unsere Gesellschaft, für Wirtschaft und Kommunen bewegen sich in einer die wirtschaftliche Existenz bedrohenden Höhe.

In meiner letztjährigen Rede zur Einbringung des Haushalts habe ich gemahnt, dass wir gerade in diesen unsicheren und unübersichtlichen Zeiten, welche wir derzeit erleben, mehr denn je den Menschen vor Ort, unseren Bürgerinnen und Bürgern, Sicherheit, Verlässlichkeit und Stabilität geben müssten. Es sei unsere Aufgabe, die Aufgabe von Gemeinderat und Stadtverwaltung, handlungs- und entscheidungsfähig zu bleiben, um selbstbewusst auch in Krisenzeiten Kurs zu halten. Können wir das noch? Frage ich Sie heute. Können wir Zukunft

in der Krise gestalten, wenn Pläne, Ideen und Ziele von der aktuellen Krisenlage überholt werden?

Ob wir können oder nicht, wir müssen! Das ist der Anspruch den wir Städte und Gemeinden, wir Kommunalpolitiker und die Kommunalverwaltung schon seit jeher haben. Wir werden uns nicht auf Bund und Land verlassen können, sondern wir werden auch in der Krise alle Hebel in Bewegung setzen und das tun, was wir noch in der Lage sind zu leisten.

1.

Die Kommunen sind gerade in Krisenzeiten diejenigen, die die Daseinsvorsorge in der Fläche gewährleisten. Gleichzeitig versuchen wir in Mössingen unseren Bürgerinnen und Bürgern trotz aller Widrigkeiten die gewohnten kommunalen Leistungen auf einem in vielen Jahren aufgebauten sehr hohen Standard anbieten zu können.

In den konjunkturell guten Jahren ist das gehobene Leistungsniveau der Kommunen leider immer mehr zur Selbstverständlichkeit geworden. Im letzten Jahr habe ich gefragt: Wie lange können wir uns das noch leisten? Wie lange können Kinderbetreuung, Schulen, Wohnungsbau, Straßenbau und vieles mehr bei steigenden Ausgaben wie selbstverständlich erledigt werden?

Wir werden uns nicht mehr alles leisten können. Denn eines ist klar, die Auswirkungen der aktuellen Krisen auf die kommunalen Haushalte ist noch nicht absehbar. Der Bund spannt einen Rettungsschirm nach dem anderen auf, weitet seine Leistungen aus und erweckt den Eindruck, dass mit den mit der Gießkanne verteilten Leistungen auf Pump unser Lebensstandard gehalten werden kann. 200 Milliarden Euro Schulden nennt man heute Sondervermögen - für wie blöd werden wir eigentlich verkauft. Oben wird der Rettungsschirm ausgeschüttet und unten können wir die Gelder von den Bürgerinnen und Bürgern wieder einsammeln. Vor allem aber meine Damen und Herren, wer wenn nicht unsere Kinder und Kindeskiner werden diese Schulden bezahlen?

Wir Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand. Überforderung droht! Ständig neue Aufgaben, Rechtsansprüche und Standards ohne Bereitstellung von finanziellen Ressourcen und ohne Rücksicht auf einen leergefegten Arbeitsmarkt werden von übergeordneten Ebenen beschlossen. Dabei wird völlig verkannt, dass die Grenzen des leistbaren in finanzieller und personeller Hinsicht erreicht sind. Die Unterbringung von Geflüchteten – das Land stellt keine Mittel zur Verfügung, die Verhandlungen in der gemeinsamen Finanzkommission wurden letzte Woche ergebnislos vertagt. Der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen – wir haben jetzt schon kein pädagogisches Personal mehr. Die Umsetzung des § 2 b Umsatzsteuergesetzes macht unsere Leistungen um 19 Prozent teurer und ist ein

enormer personeller Aufwand – das braucht kein Mensch. Die Anforderungen des Datenschutzes in Deutschland, mangelnde Zielorientierung durch die Klimaschutzregulatorik, überbordende Bauvorschriften, die Komplexität des Vergaberechts oder die Digitalisierung. Nur ein Beispiel, so eindrücklich wie banal: das Kultusministerium hat vor wenigen Tagen festgestellt, dass dem Land das Geld ausgeht und deshalb die Laptops der Lehrer von den Städten und Gemeinden zu bezahlen sind.

Meine Eltern haben mir vor vielen Jahren gelernt, dass wenn wir kein Geld haben, dass wir auch keines Ausgeben können und dass wir eben auf manches verzichten müssen. Und das Geld des Nachbarn auszugeben, der ja auch keines hatte, das ging schon zweimal nicht. Wenn wir heute also kein Geld haben, heißt das Standards- und Bürokratie abbauen und den Gürtel enger schnallen. Wenn wir das nicht so schnell wie möglich tun, wenn wir nicht alle, von der großen Politik bis hinunter in jeden Gemeinderat Aufgabenkritik betreiben, Verfahren vereinfachen, Entbürokratisieren, unseren Verwaltungswust entschlacken und uns auf das Wesentliche konzentrieren, werden wir sehr schnell merken, dass große Sprünge in den nächsten Jahren nicht mehr möglich sind.

2.

Der Haushalt 2023 und auch alle Haushalte im Planungszeitraum, also bis 2026, können im ordentlichen Ergebnis nicht ausgeglichen werden. Die Erträge werden also nicht ausreichen, um die Aufwendungen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb zu decken. Der Haushalt 2023 weist nach Planzahlen ein Defizit von 2.812.000 Euro im ordentlichen Ergebnis aus.

Wie belastbar diese Zahlen sind kann ich Ihnen nicht sagen. Die Berechnungen der Orientierungsdaten basieren auf der Mai-Steuerschätzung 2022 und zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsentwurfs waren die Ergebnisse der Herbststeuerschätzung noch nicht bekannt. Daher basiert auch das Zahlenwerk des Haushaltsentwurfs noch auf den Orientierungsdaten des Haushalterlasses. Und dass das wirtschaftliche Umfeld derzeit von erheblichen Risiken geprägt ist, dürfte hinlänglich bekannt sein.

Allen Unsicherheiten zum Trotz kann nach Plan das Defizit durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses der Vorjahre gedeckt werden. Auch in den Folgejahren in der mittelfristigen Finanzplanung können die erwarteten Defizite mit Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und ab 2025 mit Überschüssen aus dem Sonderergebnis ausgeglichen werden. Damit sind die Haushalte auch mittelfristig gesetzeskonform, allerdings schmilzt das finanzielle Rücklagenpolster der Stadt dann deutlich ab.

Gerade die außerordentlichen Erträge, meine Damen und Herren, sind für uns von besonderer Bedeutung. Im Planungszeitraum bis 2026 erwarten wir rd. 8 Mio. Euro. Das setzt aber voraus, dass die geplanten Baulanderschließungen realisiert werden.

Die Erschließung weiterer Wohn- und Gewerbebauflächen kommt aber nur schleppend voran. Naturschutzrechtliche Belange sind wichtig, führen aber zu langwierigen Bauleitplanverfahren. Dort wo heute eine Zauneidechse drei Bollen verliert, baut so schnell keiner mehr. Dies hat zur Folge, dass der Bevölkerung dringend notwendiger Wohnraum fehlt und bei den städtischen Finanzen die Grundstückserlöse seit Jahren rückläufig sind und zur Finanzierung von Investitionen in die Infrastruktur der Stadt fehlen. Deshalb meine Damen und Herren, ist die Erschließung des Baugebiets Reute in Öschingen mehr als notwendig, aber auch der Pflingstwasen und das Gewerbegebiet Hegwiesen müssen bald kommen, ansonsten schränken wir uns in unseren Handlungsspielräumen ganz wesentlich ein.

3.

Im Finanzhaushalt wird mit 82.000 Euro Zahlungsmittelüberschuss im Ergebnishaushalt gerade noch eine schwarze Null erreicht. Damit können wir die ordentliche Tilgung in Höhe von 137.000 Euro nicht erwirtschaften und darüber hinaus können wir auch keinen Beitrag zu Finanzierung der Investitionen leisten. Im alten Haushalt hätte man von einer negativen Zuführungsrate gesprochen.

Die Einzahlungen aus Steuern und ähnlichen Abgaben steigen erfreulicherweise gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,8 Mio. Euro. Die Zuweisungen und Zuwendungen und dort insbesondere die Schlüsselzuweisungen vom Land erreichen mit Planansätzen ein Höchstniveau im Fünf-Jahres-Vergleich und steigen um rd. 2,2 Mio. Euro. Auch diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen, da auch diese auf den Orientierungsdaten des Haushaltserlasses auf der Mai-Steuerschätzung basieren. Das örtliche Gewerbesteueraufkommen wird 2023 voraussichtlich bei 9 Mio. Euro und damit nach Planansätzen 400.000 Euro mehr im Vergleich zum Vorjahr betragen.

Gleichzeitig steigen die Personalaufwendungen um 4,45 Prozent bzw. 873.000 Euro auf 20,47 Mio. Euro und die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 25,5 Prozent bzw. 2,7 Mio. Euro ganz kräftig an. Dies ist im Wesentlichen der steigenden Inflation und den gestiegenen Energiekosten geschuldet. Bei den Energiekosten wird eine exorbitante Steigerung um mehr als 55 Prozent bzw. 1,56 Mio. Euro auf 4,36 Mio. Euro erwartet. Meine Damen und Herren, die Inflation und vor allem die gestiegenen Energiepreise „fressen“ die erwarteten hohen Steuereinnahmen auf.

Bei den Transferaufwendungen ist ein weiterer Zuschuss an die Stadtwerke zur Verlustabdeckung der Bäder in Höhe von einer Mio. Euro eingeplant. Die Zuschüsse an die übrigen Bereiche betragen rd. 1,3 Mio. Euro. Der Löwenanteil in Höhe von rd. 980.000 Euro entfällt auf die Zuschüsse für die Kinderbetreuung der freien Träger.

4.

Bei der Berechnung der Kreisumlage hat die Verwaltung einen Umlagesatz von 29,68 Prozentpunkten zugrunde gelegt. Dies entspricht dem Stand der Einbringung des Kreishaushalts. Der Umlagesatz im Entwurf des Kreishaushalts ist um 4,11 Punkte höher als im Haushaltsjahr 2022. Damit erhöht sich die gesamte Kreisumlage um Sage und Schreibe rd. 19 Mio. Euro auf ein Gesamtvolumen von rd. 117 Mio. Euro. Der Landkreis Tübingen hat damit die zweithöchste Steigerung landesweit. Für die Stadt Mössingen bedeutet diese Erhöhung eine Steigerung um 1.221.000 Euro auf rd. 9,7 Mio. Euro. Bereits im Folgejahr soll die Umlage bei gleichbleibendem Hebesatz um weitere 1,42 Mio. steigen. Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Landkreises erhöht sich die Kreisumlage im Finanzplanungszeitraum bis 2026 für die Stadt Mössingen um insgesamt weitere 2,6 Mio. Euro, sodass wir mit einer jährlichen Kreisumlage von bis zu 12,3 Mio. Euro rechnen müssen.

Es bleibt abzuwarten wie sich die Umlage nach der Verabschiedung des Kreishaushalts darstellt. Bei den bisherigen Beratungen des Kreishaushalts und den Äußerungen einzelner Fraktionen scheint die prekäre Situation in den Haushalten der Städte und Gemeinden bei manchen Kreistagsmitgliedern noch nicht angekommen zu sein. Forderungen nach weiteren Freiwilligkeitsleistungen aus der Mitte des Kreistags und damit ein weiterer Griff in die Kassen der Städte und Gemeinden sind bereits zu vernehmen. Dies führt zu der absurden Situation, dass der Kreistag Freiwilligkeitsleistungen mit dem Geld der Städte und Kommunen finanziert und Ihnen meine Damen und Herren, den Gemeinderäten weiteren Spielraum nimmt und wir Freiwilligkeitsleistungen, sogar unsere Pflichtaufgaben nur noch eingeschränkt leisten können. In dieser aktuellen Situation, bei angespannten Haushalten ist das aus meiner Sicht ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, eine Umverteilung kommunaler Mittel zu Lasten der kommunalen Haushalte und unserer Bürgerinnen und Bürger. Oben Wohltaten verteilen und unten sollen wir die Mittel wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern durch Steuern und Abgabenerhöhungen einsammeln. Immer mehr erweist sich die Umlagefinanzierung des Landkreises als Systemfehler und zum Selbstbedienungsladen einzelner Fraktionen, um deren Ideologien den Bürgerinnen und Bürgern überzustülpen. Wir Kommunen haben nicht die Möglichkeit uns bei der nächst unteren Ebene zu bedienen. Den Letzten beißen die Hunde!

5.

Das für 2023 geplante Investitionsvolumen ist mit rd. 14,86 Mio. Euro erneut weit überdurchschnittlich. Die Finanzierung kann zu rd. 42 Prozent aus Zuschüssen und Grundstückserlösen gedeckt werden. Eine Mio. Euro sind an Krediten vorgesehen. Dazu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6,9 Mio. Euro. In der mittelfristigen Finanzplanung sind im Wesentlichen bis dato Haushaltsmittel für bereits 2023 oder den Vorjahren begonnene Mehrjahresvorhaben veranschlagt. Zusätzlich aufgenommen wurde als Ergebnis aus unserer Strategieklausur im Juli dieses Jahres der Bau einer neuen Sporthalle im Schulzentrum sowie die Fortsetzung der Sanierungsmaßnahme Innenstadt, also der 3. Bauabschnitt, über den wir heute noch beraten. Nach heutigem Stand sind für die bereits begonnenen Maßnahmen weitere Investitionen im Planungszeitraum in Höhe von 33,6 Mio. Euro geplant. Zur Finanzierung dieser Investitionen sind voraussichtlich Kredite in Höhe von 7,2 Mio. Euro in 2024 und 6 Mio. Euro in 2025 erforderlich.

Nach heutigem Stand ist dies dann nicht darstellbar, wenn unerwartet zusätzliche Investitionen hinzukommen. Sollten sich also einzelne Maßnahmen verzögern und weitere Investitionen in den Folgejahren erfordern, weil einzelne Projekte aufgrund des Baufortschritts nicht mehr gestoppt oder verzögert werden können, ist dies im Haushalt der Folgejahre nicht mehr machbar.

Vor diesem Hintergrund schlage ich Ihnen schweren Herzens vor, drei noch nicht begonnene Projekte zurückzustellen und erst in späteren Jahren damit zu beginnen.

Erstens: In unserer Klausurtagung zum Haushalt haben wir beschlossen das Projekt der Innenstadtentwicklung zeitnah zum Abschluss zu bringen. Der 3. Bauabschnitt sollte heute beschlossen und im nächsten Jahr umgesetzt werden. So schwer es mir auch fällt und so gerne ich dieses Projekt und den fehlenden Sanierungsabschnitt bis zum Volksbankkreisler fertig gestellt hätte, empfehle ich Ihnen, den 3. Bauabschnitt in der Innenstadt zu verschieben. Heute soll daher nur die Planung verabschiedet werden, eine Umsetzung aber erst später erfolgen.

Zweitens: Da es trotz einer denkmalpflegerischen Bestandsaufnahme im Pausa-Verwaltungsgebäude immer noch keine Freigabe seitens des Landesamtes für Denkmalpflege zur Sanierung des Treppenhauses gibt, ist dieses Projekt auf unbestimmte Zeit zu verschieben und zwar so lange bis die Freigabe und die notwendigen Finanzmittel zu Verfügung stehen. Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten Jahr für Jahr hunderttausende Euro im Haushalt vor uns her zu schieben, bis das Landesamt für Denkmalpflege endlich in die Puschen kommt.

Drittens: Außerdem erfolgt eine Generalsanierung der Physik- und Biologieräume im Quenstedt-Gymnasium erst zu dem Zeitpunkt, wenn auch die Bewilligungsbescheide der beantragten Schulbaufördermittel vorliegen. Sie kennen das Prozedere: so etwas kann manchmal Jahre dauern und wir können es uns schlicht auch nicht mehr leisten in die Vorfinanzierung zu gehen.

Meine Damen und Herren, um unsere dauerhafte Aufgabenerfüllung nicht zu gefährden müssen wir etwas auf die Bremse treten, um auch in den Folgejahren handlungsfähig zu bleiben.

Bei den Investitionen im vorliegenden Haushaltsplanentwurf handelt es sich im Wesentlichen um Fortsetzungsinvestitionen bzw. Maßnahmen, die bereits im Haushaltsplan 2022 eingestellt waren. Größere neue Maßnahmen sind der Bau einer neuen Sporthalle im Schulzentrum, als Ergebnis aus dem Sportstättendialog. Diese Maßnahme ist zwingend einzuplanen, da wir hierfür eine Förderung zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur in Höhe von bis zu 75 Prozent bei geschätzten Baukosten von 10,4 Mio. Euro beantragt haben. Zur Umsetzung wird diese Dreifeldhalle aber nur dann kommen können, wenn wir die beantragten Mittel bewilligt bekommen. Ohne Förderung ist der Bau einer neuen Sporthalle in den nächsten drei Jahren nicht darstellbar.

Die im vorgelegten Haushaltsplan als neue Maßnahme noch eingeplante Umsetzung des 3. Bauabschnitts in der Innenstadt empfehle ich Ihnen, wie bereits angesprochen, zurück zu stellen. Hier wird deutlich wie schwer es aktuell ist, seriös zu planen, wenn Pläne, Ideen und Ziele von der aktuellen Krisenlage kurzfristig überholt werden.

6.

Mit 8,57 Mio. Euro an Finanzmitteln sind mehr als die Hälfte der Investitionen im Bildungs- und Betreuungsbereich vorgesehen. Dies sind die Fortführung der Schulsanierungen am Quenstedt für die Friedrich-List-Gemeinschaftsschule und die Sanierung der Filsenbergsschule, sowie die Umsetzung des DigitalPakts und der Bau des Kindergartens Hinter Höfen zur Schaffung dringend benötigter Betreuungsplätze.

Im Tiefbau sind rund 2,5 Mio. Euro eingestellt. Hiervon sind rd. 690.000 Euro für das Mühlegärtle vorgesehen, für das wir nun auch für die Fördermittel aus dem Programm Modellprojekte zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen nach langem Warten und vielen bürokratischen Hürden „grünes Licht“ erhalten haben. Immerhin haben wir hier einen Bewilligungsbescheid. Denn getoppt wird dies nur noch von der Fördermittelantragstellung der Radverkehrsförderung, von der wir nach wie vor noch keine Bewilligung haben.

Größere Straßenbau- sowie Kanal- und Wasserleitungsbaumaßnahmen sind in der Buchenstraße in Bätenhardt, in der Gartenstraße in Öschingen, in der Lindenstraße in Talheim, in der Waldstraße in Belsen und im Wirkerweg in der Kernstadt geplant.

Für die Anschaffung eines neuen Löschfahrzeugs für die Öschinger Feuerwehr und die digitale Alarmierung sind ebenfalls weitere Mittel vorgesehen.

Insgesamt sind das aber alles Maßnahmen, meine Damen und Herren, die Ihnen schon bekannt sein dürften.

Mit Spannung erwarten wir die städtebauliche Entwicklung auf dem Hoeckle-Areal. Hier können neue und zukunftsweisende Wohnformen und zusätzlicher Wohnraum mit geringem Flächenverbrauch geschaffen werden. Auch mit Blick auf diese künftige Entwicklung eines neuen Wohnens hat der Gemeinderat bereits sehr vorausschauend gemeinsam mit dem Landkreis den Busverkehr mit einem halbstunden Takt bis in die Nacht und am Wochenende erweitert. Die Umsetzung erfolgt zum August 2023. Aber bereits seit 1. Oktober dieses Jahres leistet sich die Stadt Mössingen einen vergünstigten Stadttarif und damit einen Anreiz bei Fahrten innerhalb der Stadt auf den Bus umzusteigen. Die gilt selbstverständlich auch von und nach Belsen, Öschingen und Talheim. Die Kosten für den Stadtverkehr, ergänzend zum überregionalen Verkehrsangebot des Landkreises als Aufgabenträger, betragen jährlich rd. 370.000 Euro.

Mit Blick auf neue Mobilitätsformen und die Einführung der Regionalstadtbahn ist in den nächsten Jahren ein Mobilitätzentrum mit einer Verknüpfung unterschiedlichster Mobilitätsangebote im Quartier um das Rathaus und den Bahnhof zu planen. Die Stadt der Zukunft kennt eine andere Mobilität, als wir sie heute gewohnt sind. Der Ausbau des Mössinger Bahnhofs im Zuge der Regionalstadtbahn, mit stündlich sieben Anschlüssen in Richtung Tübingen und Reutlingen, zwingt uns zeitnah die Planungen aufzunehmen. Eine Realisierung bis spätestens Ende dieses Jahrzehnts scheint unumgänglich zu sein.

7.

Sorge bereitet mir die schwierige Situation bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen. Anfang des Jahres haben wir für die Unterbringung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine noch eine Reihe von Wohnungen angeboten bekommen. In Mössingen leben aktuell 191 Geflüchtete aus der Ukraine von denen 105 Menschen privat untergekommen sind. Die anderen Geflüchteten aus der Ukraine werden in den nächsten Monaten sukzessive in die städtische Anschlussunterbringung gebracht. Neben den Menschen aus der

Ukraine haben wir in der städtischen Anschlussunterbringung weitere 71 geflüchtete Menschen aus anderen Staaten untergebracht. Weitere 102 Geflüchtete aus der Ukraine und anderen Staaten sind vom Landkreis in Mössingen in der vorläufigen Unterbringung eingewiesen. Doch leider gehören wir zu diesen Städten und Gemeinden, welche die Quote auf Landkreisebene nicht erfüllen. Wir müssen zeitnah noch 46 Menschen in die Anschlussunterbringung aufnehmen. Aufrufe mit der Bitte um Bereitstellung von Wohnraum über die sozialen Medien, über das Amtsblatt und Direktansprache fruchten leider nicht mehr. Es scheint in unserer Stadt schier unmöglich Wohnraum auf dem freien Markt zu finden.

Der Neubau einer Flüchtlings- und Obdachlosenunterkunft wurde in den letzten Jahren immer wieder verschoben, weil die erforderlichen Haushaltsmittel und die personellen Kapazitäten nicht vorhanden waren. Nun drängt allerdings die Zeit; Mittel zum Bau von neuen Unterkünften sind eingestellt. In einer der nächsten Sitzungen werden wir dieses Thema mit Ihnen diskutieren.

Bedanken möchte ich mich aber ausdrücklich bei allen denjenigen Bürgerinnen und Bürgern die Wohnungen zur Verfügung gestellt und Menschen aufgenommen haben. Außerdem danke ich allen den Ehrenamtlichen aber auch den hauptamtlichen Kräften, die sich um die geflüchteten Menschen in unserer Stadt kümmern.

8.

Aufgrund der Entwicklungen auf dem Energiemarkt ist eine Planung bei den Eigenbetrieben Stadtwerke Mössingen und der Abwasserbeseitigung sehr schwierig. Die Energiekrise stellt die Stadtwerke allgemein vor noch nie dagewesene Herausforderungen. Die Bezugskosten von Strom und Gas steigen, was zu höheren Endpreisen und empfindlichen Belastungen der Kunden führt. Mögliche Zahlungsausfälle sind kaum prognostizierbar.

Die Stadtwerke beziehen den Strom über die von baden-württembergischen Stadtwerken gegründete Stromhandelsgesellschaft „SüdWestStrom“. Die Strombezugskosten konnten aufgrund der langfristigen und kontinuierlichen Beschaffungsstrategie lange stabil gehalten werden. Letztendlich konnte aufgrund der starken Strompreiserhöhungen eine Erhöhung der Bezugskosten selbstverständlich nicht verhindert werden. Um das Beschaffungsrisiko zu minimieren verfolgen die Stadtwerke die Strategie einer 100 Prozent Eindeckung mit kontinuierlicher Beschaffung. Dadurch können die Stadtwerke den Kunden eine gewisse Sicherheit bieten, jederzeit den Marktpreis abbilden und diesen an die Kunden weitergeben.

Bei den Stadtwerken verschlechtert sich das Jahresergebnis im Planungszeitraum gegenüber dem Planjahr 2022 um rd. 960.000 Euro. Beim Gesamtbetrieb ist mit einem Jahresverlust in Höhe von 1,478 Mio. Euro zu rechnen. Dieser Jahresverlust ist insbesondere auf die gestiegenen Verluste bei den Bäderbetrieben in Höhe von rd. 2,49 Mio. Euro ursächlich aus den steigenden Energiekosten und höheren Abschreibungen und Darlehenszinsen, die seit der Grundsanierung des Hallenbades anfallen, zurück zu führen. Der Zuschussbedarf bei den Bäderbetrieben kann nicht durch die Überschüsse anderer Betriebszweige der Stadtwerke ausgeglichen werden. Daher ist auch im Jahr 2023 erneut eine Verlustabdeckung aus dem städtischen Haushalt in Höhe von einer Million Euro für die Bäder an die Stadtwerke eingeplant.

Im investiven Bereich sind bei den Eigenbetrieben neben den bereits im Tiefbauprogramm genannten Kanal- und Wasserleitungsbaumaßnahmen der Bau einer Verbindungsleitung zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung von Bad Sebastiansweiler zu erwähnen. Im Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung ist die Durchführung einer regelmäßig notwendigen Schmutzwasserfrachtberechnung sowie eine zusätzliche Regenwasserkanalerneuerung im Rosenbenz und eine Modernisierung des RÜB Weiherwiesen vorgesehen. Insgesamt sind im Tiefbauprogramm Kanalneubauten und –sanierungen in Höhe von 965.000 Euro eingeplant.

Darüber hinaus wurde bereits in diesem Jahr mit der Wärmeplanung für die Stadt Mössingen begonnen. Diese wird bis Ende des Jahres 2023 fertig gestellt. Die Stadtwerke wie auch die Stadt prüfen derzeit die Potenziale zur Gewinnung von regenerativ erzeugter Energie auf unserem Gemarkungsgebiet. Auch deshalb ist kurz- bis mittelfristig mit größeren Investitionen für Anlagen zur Energiegewinnung zu rechnen. Der Ausbau erneuerbarer Energien macht erhöhte Investitionen in das Stromnetz in den nächsten Jahren zwingend notwendig. Um auf lange Sicht ein leistungsfähiges Netz zu haben, werden die Investitionen im Stromnetz ebenfalls spürbar zunehmen.

9

Das Thema Leistungsfähigkeit bringt mich nun zu meinem letzten Punkt: zu uns, zu der Stadtverwaltung. Viel zu selten blicken wir auf uns selbst und auf das, was wir Jahr für Jahr und Krise für Krise an Mehraufgaben zu bewältigen haben. Rund 5 Millionen Menschen in Deutschland sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Derzeit fehlen bereits um die 360.000 Fachkräfte; in den nächsten Jahren droht jeder fünfte Arbeitsplatz nicht mehr besetzt werden zu können. Der massive Fachkräftemangel lässt die Frage aufkommen: wie kann der öffentliche Dienst seine Kernaufgaben in Zukunft noch erfüllen?

Wie bereits erwähnt sind die Personalaufwendungen mit rd. 20,74 Mio. Euro veranschlagt. Sie steigen um 873.000 Euro bzw. 4,45 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Verwaltung hat eine lineare Steigerung von 2 Prozent eingerechnet sowie 500.000 Euro für neue Stellen. Ob diese Planansätze ausreichen hängt ganz maßgeblich vom Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst ab. Ver.di fordert angesichts der ungewöhnlich hohen Inflation und der exorbitant gestiegenen Energiepreise eine Erhöhung von 10,5 Prozent.

Im Stellenplan 2023 sind 322 Stellen ausgewiesen. Damit steigt die Zahl der Stellen bei den Beschäftigten und den Beamten um 24,5 Stellen. Der überwiegende Teil der Stellenmehrung entfällt auf den Stellenmehrbedarf von 14,68 Stellen aus der Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 1. Die Anzahl der Stellenmehrungen mag einem sehr viel vorkommen. Bei genauer Betrachtung wird aber auch deutlich, dass wir innerhalb der Verwaltung seit Jahren dünn besetzt sind und mit einem kleinen Team immer mehr Aufgaben bewältigen müssen. In den letzten Jahren hat die Aufgabenfülle, die Komplexität der Aufgaben und das Krisenmanagement stetig zugenommen. Letztendlich ist es Ihre Entscheidung und Ihre Verantwortung welche qualitativen Ansprüche Sie an Ihre Stadtverwaltung stellen. Gerade in der heutigen Zeit des Fachkräftemangels müssen wir als Arbeitgeber attraktiv bleiben und wir können die an uns gestellten hohen Ansprüche nur halten, wenn wir eine Kultur leben, die durch eine faire Personalausstattung mit sehr gut qualifiziertem Personal diese Anspruchshaltung erst ermöglicht. Wir brauchen eine leistungsfähige Verwaltung. Jetzt, in den vielfältigen Krisen sehen wir, dass es ohne schlagkräftige Verwaltung nicht geht, um unsere Zukunft auch in der Krise zu gestalten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Liste der städtischen Aufgaben ist lang, da bleiben weder personell noch finanziell Spielräume für Begehrlichkeiten.

Größere Sorgen bereiten mir aber die eingangs erwähnte überbordende Bürokratie, die immer stärker ausgeprägte Regulatorik, die über Hand nehmenden Pflichtaufgaben von Bund und Land, welche uns Städte und Gemeinden kaum noch Gestaltungsspielraum in Selbstverwaltungsangelegenheiten und in finanzieller Sicht lassen.

Dennoch werden wir unseren Fokus weiterhin auf die Pflichtaufgaben der Stadt richten müssen. Es gilt abzuwägen, welche Investitionen bei geringer werdenden finanziellen Spielräumen und personellen Handlungsmöglichkeiten tatsächlich noch zu tätigen sind, um die viel-

fältigen Angebote der Stadt aufrechtzuerhalten, die dafür notwendige Infrastruktur zu unterhalten und wenn notwendig auszubauen. Die Grundlage für eine erfolgreiche Finanzplanung ist seit jeher ein verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen Mitteln.

Die allgemeinen Preissteigerungen sowie die steigenden Energiepreise setzen die kommunalen Haushalte sehr unter Druck. Allerdings ist dieses Mal nicht mit weiterer finanzieller Unterstützung aus Berlin oder Stuttgart, wie sie 2020 mit der Erstattung von Gewerbesteuer ausfällen erfolgt ist, zu rechnen. Der Bund sieht vielmehr die Länder in der Pflicht, welche die Finanzverantwortung für ihre Kommunen übernehmen sollen. Allein mir fehlt hier der Glaube, wenn das Land angeblich nicht mal mehr die Mittel besitzt, um für Landespersonal, nämlich für die Lehrkräfte an unseren Schulen, Laptops bezahlen zu können.

Meine Damen und Herren, wir brauchen handlungsfähige Kommunen, um unsere guten Lebensverhältnisse aufrechterhalten zu können. Hierzu ist es notwendig die Einnahmesituation für alle Kommunen nachhaltig zu verbessern und vor allem die Handlungsmöglichkeiten durch Aufgabenkritik und Bürokratieabbau für mögliche weitere Krisen zu stabilisieren.

Meine Damen und Herren,
heute erfolgt keine Aussprache zum Haushalt.

Die öffentliche Haushaltsklausur findet am Samstag, 3. Dezember 2022 von 9:00 bis 13:00 Uhr statt. Dort werden wir Ihnen den Haushaltsplanentwurf erläutern.

Anträge zum Haushalt sind bis zum 9. Januar 2023 einzureichen. Ich bitte Sie ausdrücklich nur haushaltsrelevante Anträge zu stellen. Die Verabschiedung des Haushalts ist für Montag, 30. Januar 2023 vorgesehen.

Mein abschließender Dank gilt allen, die an der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes und den Entwürfen für die Wirtschaftspläne mitgearbeitet haben. Allen voran mein Dank an Sie, liebe Frau Bernhard, sowie an Frau Conrad und an Sie lieber Herr Hoffmann und an Frau Breiffelder und an alle Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben Ihre Arbeit wieder sehr gut gemacht. Ein großes Lob – Sie haben einmal mehr sehr zuverlässig die Haushalts- und Wirtschaftspläne aufgestellt. Herzlichen Dank!

Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die am Haushaltsplanentwurf und den Wirtschaftsplänen mitgearbeitet haben.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!